

Hannover, 18. Februar 2005



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Unglaublich: Klinikleitung von AMEOS lehnt Schlichtung durch Hans Koschnick ab!

Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

Die Geschäftsführung der AMEOS Klinik Dr. Heines lehnt eine Schlichtung zur Beilegung des seit fast drei Wochen dauernden Streikes ab. Ver.di hatte den - auch international - bewährten Hans Koschnick als Schlichter vorgeschlagen. Diese Ablehnung ist ein ziemlich einmaliger Vorgang in der Tarifgeschichte. „Er ist wider jeder Vernunft und zivilen Formen der Konfliktlösung“, kommentiert ver.di-Landesbezirksfachsbereichsleiter Joachim Lüddecke das Verhalten der Klinikleitung. Die Ablehnung wird mit einer unvollständigen Darstellung des Verhandlungsverlaufes, Tatsachenverdrehungen und falschen Behauptungen begründet.

Zum Sachverhalt:

- der Tarifvertrag zwischen ver.di und der Klinik Dr. Heines ist im September 2003 vom Arbeitgeber gekündigt mit dem Ziel der Gehaltsabsenkung gekündigt worden
- 35% des Weihnachtsgeldes (rd. 82% eines Monatsverdienstes) sollten als Sonderzahlung ausgezahlt werden, wenn das Betriebsergebnis nach Abzug der Zinsen für Altschulden 650.000 € überschreiten würde; unter 250.000 € hätte es keine Sonderzahlung gegeben
- die ver.di-Mitglieder haben dieses Angebot abgelehnt, weil sie nicht nur am Betriebsrisiko sondern auch am miterwirtschafteten Betriebsergebnis angemessen beteiligt werden wollten
- die Geschäftsführung verkennt ihren Anteil an dem Verlauf der Verhandlungen; der Klinik geht es wirtschaftlich gut. Personalkosteneinsparungen in dem geforderten Maße waren wirtschaftlich nicht begründet; einzige Begründung ist die **Renditeerwartung des Eigentümers** und die Gewinnbeteiligung der Geschäftsführerin, Frau Mensen;
- ver.di hat angeboten, einen Haustarifvertrag mit der AMEOS-Klinik Dr. Heines unter Einbeziehung des neuen TVöD abzuschließen, weil der TVöD auch viele Elemente enthält, die von der Geschäftsführung in den Verhandlungen immer gefordert wurden. Wie bereits in den vergangenen Verhandlungen wären die Klinikbelange und die Sicherung der Arbeitsplätze berücksichtigt worden;

Auf die Frage, welche Interessen die Gewerkschaft vertritt, kann nur die Gegenfrage gestellt werden: welche Interessen vertritt die Geschäftsführung? Sie argumentiert mit der Qualität der Versorgung und vergiftet durch die katastrophale Zuspitzung des Konfliktes und die fortgesetzte Verweigerungshaltung nachhaltig das Betriebsklima und zerstört die Motivation der Beschäftigten. Von sozialer Verantwortung kann dabei jedenfalls keine Rede sein. Zudem wird die laufende Versorgung der Patienten nicht zuletzt deshalb aufrechterhalten, weil trotz Leihpersonals streikende Beschäftigte immer wieder einspringen, um die Patientenversorgung zu sichern.

PRESEINFORMATION

Die Ablehnung des Schlichtungsangebotes zeugt von erheblichem Realitätsverlust der Geschäftsführung. Arbeits- und Vergütungsbedingungen werden üblicherweise durch Tarifverträge geregelt. Tarifverträge werden normalerweise in Verhandlungen erarbeitet. Dazu gehört Kompromissbereitschaft der Vertragsparteien. Die hat ver.di im Gegensatz zur Geschäftsführung in den Verhandlungen sehr weitreichend gezeigt.

Es ist sehr befremdlich, dass eine Geschäftsführung sich völlig verweigert, nur weil sie ihren Willen nicht vollständig durchsetzen kann. Fahrlässig ist es, die negativen Auswirkungen auf die Patienten, die Beschäftigten und den Ruf des Unternehmens billigend in Kauf zu nehmen. Den Betriebsrat dann noch mit unrichtigen Behauptungen für die Arbeitgeberinteressen einzunehmen, ist unredlich. Die Geschäftsführung hat die Betriebsratsmitglieder und insbesondere den Vorsitzenden massiv unter Druck gesetzt und zur Neutralität angemahnt. Das hat der Betriebsrat auch getan. Er hat sich keinesfalls vom Streik distanziert.

Nach zwei Warnstreiks und nunmehr fast drei Wochen Streik das Anliegen der Beschäftigten – immerhin haben sich mehr als 100 Beschäftigte der Forderung nach einem Tarifvertrag in der Urabstimmung angeschlossen - zu ignorieren und ver.di einfach durch ein Angebot an den Betriebsrat ausbooten zu wollen, ist skandalös und sittenwidrig.

Die Streikenden haben fast einstimmig der Fortsetzung des Streiks zugestimmt. Der Druck nunmehr wird durch weitere Maßnahmen erhöht.

Rückfragen an:

Uwe Schmid, ver.di-Bremen

Mobil: 0160-7121396

V.i.S.d.P.: Ulf Birch
Pressesprecher
ver.di-Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen
Goseriede 10
30159 Hannover

Tel.: 0511/12400-105/-106
Fax: 0511/12400-107
Mobil: 0170/7812412
e-mail: ulf.birch@verdi.de
www.verdi-niedersachsen-bremen.de